

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Grundlagen der Behindertenpolitik haben sich insbesondere in den letzten Jahren verändert. Aber auch das Selbstverständnis vieler Menschen mit Behinderung hat sich deutlich gewandelt. Unumstrittenes Ziel ist es, Menschen mit Behinderung genauso wie Menschen ohne Behinderung die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben uneingeschränkt zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

Hierbei stehen natürlich Begriffe wie beispielsweise „Teilhabe“ und „Selbstbestimmung“ im Vordergrund.

Wir sind in Niedersachsen bereits auf einem guten Weg. Aber es gibt weiterhin Hürden und Barrieren, die so weit wie möglich, aber auch so zügig wie möglich abgebaut werden müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir in unserem Antrag einige wesentliche Punkte aufgeführt. Dazu zählen besonders die Verbesserung der Information der Betroffenen und die Verbesserung der Bedingungen zur Inanspruchnahme des persönlichen Budgets bzw. die Einführung weiterer Möglichkeiten für Geldpauschalen zur Abdeckung einzelner Leistungen. Dazu gehört das individuelle Angebot der Teilhabeverfahren unter aktiver Beteiligung der Betroffenen, deren Angehörigen, aber auch von betroffenen ausgewählten Beiständen. Dazu gehören der Abschluss von Zielvereinbarungen als Grundlage des Teilhabemanagements, die Aufhebung der Leistungsformen ambulant, teilstationär und stationär sowie der Ausbau von Wahlmöglichkeiten für die Betroffenen hinsichtlich der einzelnen Leistungen. Die verbesserte und verbindliche Kooperation der Hilfen in verschiedenen Sozialleistungssystemen ist natürlich auch ein wichtiger Gesichtspunkt, der im Antrag beachtet ist, und auch die Ausweitung der Möglichkeiten der Teilhabe am Arbeitsleben gehört natürlich dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich möchte betonen, dass globale Antworten auf die gestellten Fragen nicht allein der Maßstab sein können. Eine erfolgreiche Struktur an Unterstützung bedeutet auch - das wissen die Praktiker sehr gut -, individuelle entsprechende Angebote vorzuhalten oder sie auf der Grundlage dieser Beschlüsse entsprechend voranzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb möchte ich zum Abschluss deutlich machen, dass in der Ausschussberatung sachorientiert und ohne Polemik daran gearbeitet werden

sollte. Wir sind in dieser Frage bisher auf einem guten Weg. Daran wollen wir anknüpfen und weitere Verbesserungen im Interesse unserer behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger erarbeiten. Ich freue mich auf eine sachbezogene Zusammenarbeit im Ausschuss, die auch dadurch deutlich wird, dass uns Anträge auch anderer Fraktionen vorliegen, die wir in diesem Zusammenhang gemeinsam bearbeiten können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Böhlke. - Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Groskurt zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Ulla Groskurt (SPD):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Böhlke, trotz der Aufzählung der notwendigen Leistungen für Menschen mit Behinderungen, die Sie hier gerade dargelegt haben, damit die Teilhabe am Leben möglich ist, ist es jetzt wieder einmal passiert: Die Koalitionsfraktionen behindern die Arbeit der Opposition.

(Beifall bei der SPD - Roland Riese [FDP]: Was?)

Sie stellen mit einem Schauen-wir-mal-Lächeln und Schulterzucken einen weiteren neuen Antrag zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen,

(Heidemarie Mundlos [CDU]: Bestimmt nicht mit Schulterzucken!)

und das, nachdem der Antrag der SPD hierzu bereits dreimal im Ausschuss beraten wurde, und das, nachdem Institutionen nach einvernehmlicher, fraktionsübergreifender Entscheidung im Sozialausschuss um eine schriftliche Anhörung zum SPD-Antrag gebeten wurden. Dem Ausschuss sind inzwischen die Antworten zugegangen, die übrigens den SPD-Antrag unterstützen. Eine Kernaussage der Angehörten ist, dass es unter Zugrundelegung der UN-Behindertenkonvention dringend erforderlich ist, dass die Eingliederungshilfe auch in Niedersachsen überdacht und entsprechend den neuen Gegebenheiten weiterentwickelt wird - genau so, wie es in unserem Antrag gefordert wird.

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag der SPD-Fraktion wäre nach Auswertung der Antworten also entscheidungsreif.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP, nun kommen Sie mit einem neuen Antrag, der zwar ähnliche Intentionen hat, die aber sehr viel weniger konkret benannt sind, und der dafür sorgt, dass die Beratungen bei null beginnen. Leider musste ich schon häufig die Antragspraxis der CDU und der FDP beanstanden. Sie ist eines Parlaments nicht würdig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Die Anträge sind immer wieder ein Entschuldigungsgrund für die Landesregierung, Entscheidungen und Hilfen für die Menschen zu verzögern und nochmals zu verzögern.

Zu Ihrer Erinnerung: Sie haben bereits in der 15. Wahlperiode am 25. April 2006 einen Antrag „Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen“ eingebracht, der sich in Ihrem Antrag vom 19. Oktober dieses Jahres wiederfindet, über den wir jetzt beraten und der ebenfalls mit „Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung“ überschrieben ist. Die Wiederholung beschränkt sich aber nicht auf die Überschrift. Dass Sie Ihren Antrag noch einmal einbringen, kann ich nachvollziehen. Sie sagen im ersten Absatz Ihres Antrags:

„Die Niedersächsische Landesregierung wird gebeten, sich im Bereich der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen weiter zu engagieren ...“

Offensichtlich haben Sie doch tatsächlich bemerkt, dass sich seit Ihrem Antrag vom 25. April 2006, also seit dreieinhalb Jahren, niemand in der Landesregierung engagiert hat.

(Beifall bei der SPD - Heidemarie Mundlos [CDU]: Das Budget für Arbeit? Sie können doch nicht alles negieren!)

Engagiert hat sich die Opposition, indem sie immer wieder Anträge mit dem Tenor eingebracht hat, für Menschen mit Behinderungen die notwendigen Bedingungen für die Teilhabe am Leben zu schaffen. Das Engagement der Opposition ist meiner Meinung nach auch der Grund dafür, dass Sie Ihre Bitten aus Ihrem alten Antrag wiederholen. Ich greife hier nur die ersten beiden Punkte heraus:

„1. dem ... steigenden Bedarf an zusätzlichen Werkstattplätzen und diffe-

renzierten Wohnangeboten,
2. der Weiterentwicklung von Ausbildungs-, Förder-, Beschäftigungs- und Wohnangeboten für Menschen mit hohem und sehr hohem Hilfebedarf ...“ (Rechnung zu tragen.)

Ein weiterer Punkt in Ihrem Antrag lautet:

„Der Landtag begrüßt, dass in Deutschland das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ... in Kraft getreten ist.“

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem bitten Sie die Landesregierung, sich weiterhin an dem Projekt der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen aktiv zu beteiligen. Auch das ist eine Selbstverständlichkeit. Es wäre Aufgabe der Landesregierung, hier selbstständig tätig zu werden.

(Beifall bei der SPD - Johanne Modder [SPD]: Ja, genau!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, ich habe mir die Rede von Herrn Dr. Matthiesen vom Mai 2006 noch einmal durchgelesen, und ich glaube ihm sogar, wenn er sagt, die Fraktionen der CDU und der FDP beabsichtigten, dieses Thema gründlich zu behandeln. Zu diesem Zweck sollte das Ministerium zu einer Reihe von Fragen Stellung nehmen und dann möglichst breit die Lösungen vorantreiben, die notwendig seien, damit die Eingliederungshilfe weiterhin leistungsfähig bleibe. Das war im Mai 2006. Nichts ist behandelt worden, nichts ist vorangetrieben worden!

Die SPD-Fraktion hat am 6. Januar 2009, weil sich nichts bewegte, den Antrag „Daheim statt Heim - Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen modernisieren“ eingebracht. Können Sie mir einen einzigen überzeugenden Grund nennen, warum Sie unseren Antrag nicht weiterberaten, sondern auf Eis legen?

(Roland Riese [FDP]: Ja!)

Ich sage es noch einmal: Wir haben das Ministerium befragt, wir haben beraten, wir haben die Verbände um eine schriftliche Anhörung gebeten und ihre Stellungnahmen erhalten. Ist es Ihnen nicht peinlich, die Verbände zu bitten, sich auch noch zu

Ihrem Antrag zu äußern? - Sie müssen doch glauben, wir seien entweder des Lesens nicht mächtig oder uns sei langweilig und wir brauchten eine Beschäftigungstherapie, um für uns eine Daseinsberechtigung zu definieren.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren von CDU und FDP, machen Sie bitte aus Ihrem Antrag einen Änderungsantrag zu dem genannten SPD-Antrag, und lassen Sie uns auf der Grundlage der bisherigen Informationen weiterberaten! Das wäre eine zielführende Arbeit im Interesse der Menschen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Groskurt. - Zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Böhlke von der CDU-Fraktion für anderthalb Minuten das Wort.

Norbert Böhlke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So schlicht, so einfach kann es sein, indem man sich inhaltlich nicht auseinandersetzt, sondern darüber streitet, wer denn nun die Ursprungsanträge gestellt hat. Dabei haben Sie es doch selbst beantwortet, Frau Kollegin Groskurt. Die CDU/FDP hat bereits im Jahre 2006 entsprechende Anträge hier formuliert, die beraten und in den Ausschuss eingebracht worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich ist beispielsweise die Fragestellung des persönlichen Budgets und anderes parallel dazu sehr wohl behandelt worden und hat uns auch inhaltlich beschäftigt. Dass wir, nachdem der Antrag der SPD-Fraktion eingegangen ist, von dieser Stelle aus, aber auch im Ausschuss sehr deutlich gemacht haben, dass wir hier einen eigenen inhaltlichen Antrag einbringen werden, ist kein Grund, heute nicht zur Sache, sondern im Wesentlichen lediglich zur Form etwas zu sagen. Das hilft den Betroffenen mit Sicherheit nicht. Wir wollen sachorientiert weitermachen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Frau Kollegin Groskurt möchte antworten. Auch Sie haben anderthalb Minuten Zeit. Bitte schön!

Ulla Groskurt (SPD):

Lieber Herr Böhlke, wir müssen uns nicht darüber streiten, wer welchen Antrag zuerst eingebracht hat, sondern über welchen Antrag entschieden wurde. Über den von Ihnen und auch von mir erwähnten Antrag vom Mai 2006 wurde nicht entschieden. Auch er ist auf Eis gelegt worden; nichts ist passiert. Das habe ich angeprangert.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Die wollen wohl nichts machen!)

Hier und da einen Einzelpunkt entschieden zu haben, hat doch mit dem Ganzen, worauf die Menschen warten, nichts zu tun. Von daher halte ich meine Meinung aufrecht: Wir müssen endlich etwas tun und uns wirklich dahinterklemmen. Wir werden die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung entlassen und uns weiterhin ernsthaft und mit Nachdruck für die Interessen der Menschen mit Behinderungen einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Helmhold von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Im Jahr 2006 gab es Ihren Antrag. Seinerzeit hat auch meine Fraktion einen Antrag mit dem Titel „Alternativen zum Heim schaffen - ambulante Wohnformen ausbauen“ vorgelegt. Diesen Antrag haben Sie - das kann ich ja bei einem guten Oppositionsantrag noch verstehen - der Diskontinuität anheimfallen lassen. Aber dass Sie Ihren eigenen Antrag von 2006 bis 2008 nicht beraten und beschließen konnten, damit hier im Land etwas passiert, ist nun, ehrlich gesagt, wirklich ein bisschen schwer zu verstehen. Insofern teile ich die Kritik von Frau Groskurt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich glaube, wir sind uns beim Befund einig. Es gibt zu viele stationäre Unterbringungen und zu wenige Anreize für eine Ambulantisierung, auch einen zu geringen finanziellen Anreiz. Die Systeme sind in sich noch zu getrennt. Insgesamt gibt es zu wenig Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen. Insoweit sind wir uns sicherlich einig. Auch der Beschluss der Arbeits- und Sozi-